

Renate Fischer, Otfried Jarren

Medienvertrauen als demokratische Notwendigkeit



Demokratische Gesellschaften und ihre Institutionen sind auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen. Parlamente und Regierungen werden durch Wahlen legitimiert. Wählerinnen und Wähler erwarten von den Gewählten, dass sie sich im Sinne des Gemeinwohls engagieren, dabei aber auch die Interessen ihrer Wähler nicht vernachlässigen. Sie schenken ihnen das Vertrauen. Gleichzeitig besteht in repräsentativen Demokratien immer die Gefahr, dass politische Vertreter die Anliegen von Bürgern zu wenig beachten, nicht aufnehmen oder die von ihnen getroffenen Entscheide zu wenig erklären. Bürger wie Politiker sind dabei auf die Vermittlungsleistungen vor allem der Medien angewiesen. Durch Vermittlungsdefizite der Medien kann Misstrauen gegenüber der Politik entstehen.

Nur wenige Menschen verfolgen selbst regelmäßig das (lokale) politische Geschehen, indem sie z.B. Parlamentsdebatten verfolgen. Sie verlassen sich auf die Medien. Publizistische Medien und Journalisten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Informationsvermittlung, indem sie die Politik kontinuierlich beobachten, Diskussionen und Entscheide reflektieren, also für Transparenz und Debatte sorgen. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen teilhaben und sich eine eigene Meinung bilden. Durch die Vermittlungs- wie Bewertungsleistungen des Journalismus kann die Bevölkerung zur Teilnahme aktiviert werden. Medien sollen in demokratischen Staaten die Funktionsweise politischer Institutionen prüfen und politische Prozesse begleiten können, um damit begründete Wahl- wie Abstimmungsentscheidungen zu ermöglichen. Demokratische Responsivität wird wesentlich über Medien vermittelt und ist für die Legitimität des politischen Systems von hoher Bedeutung. Medien- und Demokratievertrauen bedingen sich.

Eine Studie der European Broadcasting Union zum Medienvertrauen (EBU 2019) zeigt den starken Zusammenhang zwischen Medienvertrauen und der Zufriedenheit mit der Demokratie im jeweiligen Land. Die Studie basiert auf den Daten zum Medienvertrauen des Reuters Institutes (Newman et al. 2019) und verknüpft diese mit den Umfrageergebnissen des 90. Eurobarometers. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern liegt die Zufriedenheit mit der Demokratie als auch das Medienvertrauen vor allem in Skandinavien und den Niederlanden höher als in Deutschland, während die Länder Süd- und Südosteuropas niedrigere Werte aufweisen. Doch wie wird Medienvertrauen definiert und operationalisiert?

Medienvertrauen und -misstrauen

Vertrauen ist die positive soziale Erwartungshaltung gegenüber dem Verhalten einer Person oder Institution, dass sie ihre Aufgaben unter Einhaltung von Normen und Regeln erfüllt (Haller 2017; Engelke et al. 2019). In Bezug auf die Medien umfasst dies die Erwartung, dass die Medien über relevante Themen berichten, dass Journalisten die Fakten objektiv und korrekt darstellen und darauf basierend eine nachvollziehbare Bewertung (so in Form von Kommentaren) leisten (Kohring/Matthes 2007). Vertrauen entwickelt sich zumeist aufgrund der eigenen Erfahrungen, die man mit den Leistungen der Institution, der das Vertrauen entgegengebracht werden soll, macht. Und da die Medien für Bürgerinnen und Bürger oft die einzige Möglichkeit bieten, sich über alle wesentlichen politischen Vorgänge informieren zu können, tragen die Medien entscheidend dazu bei, wie sich das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber den politischen Institutionen entwickelt. Falls die Menschen den Medien misstrauen, also Nachrichten, die sie den Medien entnehmen, nicht glauben und für falsch halten, können die Medien ihre Vermittlungsfunktion nicht erfüllen – mit Folgen für das Vertrauen in die demokratischen Institutionen.

Zweierlei Formen von Misstrauen sind auszumachen: Medienskepsis und Medienzynismus. In der Form von Medienskepsis beschreibt Misstrauen eine sachlich-kritische Haltung gegenüber Medien und den von ihnen verbreiteten Informationen. Medienskeptiker hinterfragen also auf rationaler Basis journalistische Berichte (Jackob et al. 2019). Im Falle von Medienzynismus besteht hingegen eine grundsätzliche, fundamentale Form des Misstrauens: Medienzyniker unterstellen dem Journalismus niedere Motive, werfen Journalismus Verlo-

genheit vor. Medienskepsis, verbunden mit sachlicher Kritik an journalistischen Leitungen, kann der Demokratie dienen: Es wird kritisch hinterfragt. Der Medienezynismus ist jedoch problematisch, weil er zudem die politische Ordnung, wesentliche Normen und sogar die Legitimität des Systems grundsätzlich in Frage stellt (Gabriel 2018). Wie es zum Medienezynismus kommt, ist eine wichtige Forschungsfrage, der weiter nachgegangen werden muss.

Medienvertrauen in Deutschland – ausgewählte Ergebnisse aktueller Studien

Zum Medienvertrauen in Deutschland liegen unterschiedliche Befunde vor:

- Gemäß Edelman Trust Barometer vertrauten im Oktober/November 2018 44% der Deutschen den Medien als Institution. Das allgemeine Medienvertrauen ist gegenüber dem Vorjahr um 2% gestiegen (Edelman 2019).
- Die Ergebnisse der Mainzer Langzeitstudie zum Medienvertrauen zeigen, dass das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Medien von 29% (2008) auf 44% (2018) zugenommen hat (Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2018).

Die Befunde variieren nicht allein im Umfragezeitpunkt, sondern auch aufgrund der gewählten Fragestellung: Was verstehen die Befragungsinstitute, wenn sie nach „Medien“ fragen, und was verstehen Befragte darunter? Die Vielfalt an Medien ist groß. Es macht daher wenig Sinn, pauschal nach „den“ Medien zu fragen. Andere Studien differenzieren deshalb.

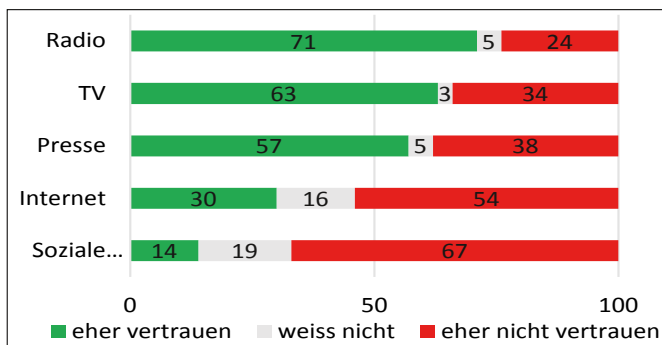


Abb. 1: Medienvertrauen nach Mediengattung (Quelle: Europäische Kommission 2018 – eigene Darstellung). Lesebeispiel: 71% der Bevölkerung in Deutschland haben eher Vertrauen in das Radio als Institution.

Differenzierte Analyse: Vertrauen und Glaubwürdigkeit von Mediengattungen

Wenn konkret nach einzelnen Mediengattungen gefragt wird, zeigen sich Unterschiede im Vertrauen. Der Eurobarometer 90 (Europäische Kommission 2018) aus dem Herbst 2018 zeigt, dass die Vertrauenswerte einzelner Mediengattungen zwischen 14 und 71% liegen. Das meiste Vertrauen wird dem Radio entgegengebracht. Kritisch eingestellt sind die Befragten gegenüber den sozialen Medien (s. Abb. 1).

Die Werte des Eurobarometers für Internet und Soziale Medien decken sich in etwa mit denen, die der Reuters Digital News Report (Newman et al. 2019) für das Vertrauen in Nachrichten, die Nutzer via Soziale Medien erhalten haben (16% Vertrauen) bzw. die sie sich über Suchmaschinen beschaffen (27% Vertrauen).

Andere Studien fragen nach der Glaubwürdigkeit der Medien, wobei Glaubwürdigkeit ein „Teilphänomen von Vertrauen“ darstellt (Bentele/Seidenglanz 2015) und sich vor allem auf die Kommunikation von Personen bezieht, während sich Vertrauen als weitergehender Begriff auch auf Gegenstände und Institutionen beziehen kann. In der Langzeitstudie Massenkommunikation von ARD und ZDF wird erhoben, welche Mediengattung Rezipienten in vergleichender Perspektive am glaubwürdigsten einschätzen: Wie in Abbildung 2 ersichtlich ist, schneidet 2015 die Tageszeitung mit 35% am besten ab, gefolgt vom Fernsehen mit 31%. Das Radio erachten 19% der Befragten als das glaubwürdigste Medium, nur 15% hingegen das Internet (Krupp/Breunig 2016, S. 125). Da man in dieser Befragung jeweils nur ein Medium als das glaubwürdigste benennen kann, lassen sich die Ergebnisse nicht mit denen des Eurobarometers vergleichen.

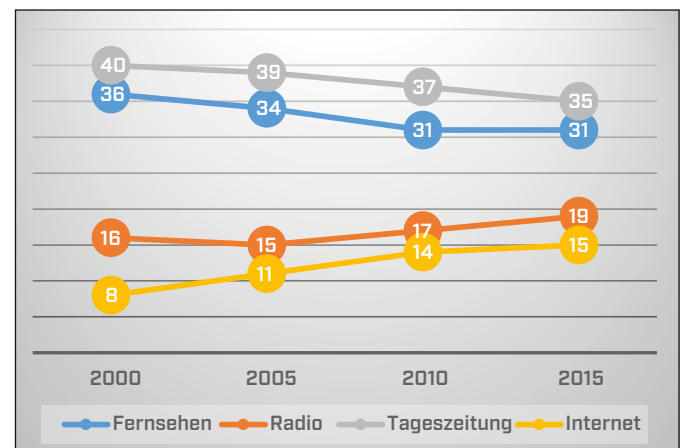


Abb. 2: Die glaubwürdigste Mediengattung, Bevölkerung ab 14 Jahren, Zeitreihe (Quelle: ARD/ZDF-Langzeitstudie; Breunig/van Eimeren 2015, S. 523 – eigene Darstellung). Lesebeispiel: Im Jahr 2000 gaben 40% der Befragten an, dass die Tageszeitung das glaubwürdigste Medium sei.

Relevant für den kommunalen Kontext ist, dass die Tageszeitungen nicht nur das glaubwürdigste, sondern auf der lokalen und regionalen Ebene für die meisten Menschen noch immer das wichtigste Informationsmedium sind (die medienanstalten 2018, S. 21).

Vertrauen in Medienmarken

Noch aussagekräftiger werden die Vertrauenswerte, wenn konkrete Medienmarken abgefragt werden, wie dies im Rahmen des Reuters Digital Report geschieht. Die Befragten bewerten das Vertrauen in einzelne Marken, wie ARD Tagesschau oder FAZ, auf einer Skala von ,1' bis ,10', wobei ,1' kein

Vertrauen bedeutet und ‚10‘ absolutes Vertrauen. Hier zeigt sich, dass man Medien, die man selbst nutzt, jeweils besser bewertet. Nutzung und Bindung sind also relevant für Vertrauen. In dieser Umfrage wird auch das Vertrauen in die regionale oder lokale Zeitung als Nachrichtenquelle erhoben: Bei den Vertrauenswerten rangiert die lokale und regionale Presse auf Rang 3 (Bewertung 6.72 allgemein, bzw. 7.34 für Leserinnen und Leser), direkt nach den Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Am anderen Ende der Skala rangiert BILD mit einen Vertrauenswert von 3.66 bzw. 5.2 (Leserinnen und Leser) (Hölig/Hasebrink 2019).

Medienvertrauen: Unterschiede nach Alter, Bildung und Gender

Unterschiede im Vertrauen zeigen sich in Bezug auf Rezipientinnen und Rezipienten. Der Edelman Trust Barometer hat ermittelt, dass in Deutschland das allgemeine Medienvertrauen bei den befragten Männern um 11 Prozentpunkte höher ausfällt als bei den Frauen. Und Personen mit einer höheren Bildung haben mehr Vertrauen in die Medien als Personen mit einem niedrigeren Bildungsgrad (Newman et al. 2019; Edelman 2019; Bentele/Seidenglanz 2015).

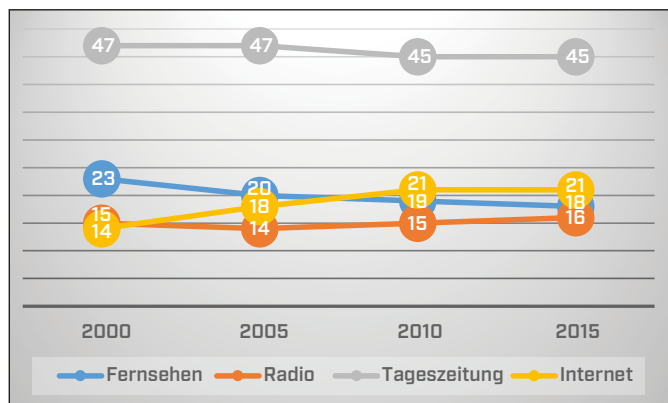


Abb. 3: Das glaubwürdigste Medium, Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen, Zeitreihe (Quelle: ARD/ZDF-Langzeitstudie; Breunig/van Eimeren 2015, S. 523. Eigene Darstellung)

Lesebeispiel: Im Jahr 2000 gaben 47% der 14- bis 29-jährigen Befragten an, dass die Tageszeitung das glaubwürdigste Medium sei.

Die bereits genannte ARD/ZDF-Langzeitstudie zeigt, dass ältere Personen das Fernsehen glaubwürdiger finden als jüngere. Beim Internet sind die Ergebnisse umgekehrt. Dies korreliert mit der Mediennutzung der jeweiligen Altersgruppe. Nutzung ist also relevant. Für das Radio ist kein Trend auszumachen und bei der Tageszeitung ist die Glaubwürdigkeit bei jungen Menschen sowie bei den 85-Jährigen am höchsten (Krupp/Breunig 2015). Abbildung 3 zeigt die Einschätzung der 14- bis 29-Jährigen zur Glaubwürdigkeit von Mediengattungen. Im Vergleich zur Einschätzung der Gesamtbevölkerung (siehe Abb. 2) zeigen sich große Unterschiede. Bemerkenswert ist, dass die jüngere Generation die Tageszeitung für das mit Abstand glaubwürdigste Medium hält. Auf den Widerspruch des großen Vertrauens der jüngeren Generation in die Tageszeitung,

obwohl sie von der jüngeren Leserschaft kaum genutzt wird, verweist auch Michael Haller (2014, S. 181). Für die Lokalmedien besteht also weiterer Forschungsbedarf.

Der Reuters Digital Report bestätigt den Zusammenhang zwischen Alter und Medienvertrauen: Menschen unter 35 Jahren bringen Medien weniger Vertrauen entgegen als Menschen über 35 Jahren. Die Differenz zwischen den Altersgruppen betrug 2016 14% (Newman et al. 2016, S. 94).

Medienvertrauensforschung in der Kritik

Dass die verschiedenen Studien oft nicht vergleichbar sind, liegt daran, dass das Vertrauen in die Medien unterschiedlich definiert wird. In Befragungen ist nicht immer eindeutig klar, auf was sich die Frage nach dem (allgemeinen) Medienvertrauen bezieht. Fragestellungen wie auch Skalen sind in den verschiedenen Studien unterschiedlich angelegt. Das erschwert Vergleiche. Engelke et al. (2019) zeigen in ihrer Übersicht über die verschiedenen Konzepte zu Vertrauen, Misstrauen und Glaubwürdigkeit auf, dass die Fragen zum Medienvertrauen konkreter gestellt und wenn möglich mit qualitativen Umfragen ergänzt werden müssten, um zuverlässige wie vergleichbare Antworten zu erhalten. Und sie kritisieren, dass in den Studien zu Medienvertrauen das Misstrauen oft als Gegenteil von Vertrauen angesehen wird. Entscheidende Unterschiede, so zum Beispiel zwischen Misstrauen in Form von Medienskepsis und Medienzynismus, können damit nicht erhoben werden.

Vertrauen, Misstrauen und Demokratie

Vertrauen und Misstrauen sind wichtige Elemente in Demokratien, in denen Macht der steten Kontrolle bedarf. Machtkontrolle können die Bürgerinnen und Bürger aber nicht allein leisten, sondern sie müssen sich auf Institutionen verlassen. Zu den wesentlichen Vermittlungs- und Bewertungsinstitutionen gehören Journalismus und Medien. Auf sie muss man sich verlassen können, aber auch sie bedürfen der beständigen Kritik. Skepsis ist gegenüber allen machtvollen gesellschaftlichen Institutionen, also auch den Medien, angezeigt. Wenn aber grundlegendes Misstrauen gegenüber den Medien geäußert wird, kann sich dies zu einem politischen Systemmisstrauen entwickeln. Medienvertrauen und Politiksystemvertrauen bedingen sich also. Deshalb ist die Politik gut beraten, Medien und Journalisten nicht zu instrumentalisieren. Medien wie Journalismus müssen unabhängig sein und ihre Aufgaben für die Bevölkerung und das Gemeinwohl erbringen. Das kann bedeuten, dass die Medien politische Amtsinhaber kritisieren oder Fehlleistungen politischer Organisationen anprangern (Bentele/Seidenglanz 2015).

Nur unabhängige und damit glaubwürdige Medien liefern der Bevölkerung die Informationsgrundlagen zur Beurteilung der Handlungen der Politik. Auf kommunaler Ebene besteht vielerorts die Möglichkeit, das Geschehen selbst zu verfolgen.



Aber wer macht davon Gebrauch? In Wahlentscheidungen fließen die Ergebnisse diverser, vieler vermittelt wie weniger eigener Beobachtungen und Bewertungen ein. Für die Landes-, Bundes- oder Europapolitik sind die Bürger wesentlich auf publizistische Medien allein angewiesen. Bei kommunalen oder landespolitischen Sachentscheidungen liefern diese Medien und der Journalismus die wesentlichen Argumente der verschiedenen Lager, so dass bei Bürgerentscheidungen, die auf kommunaler Ebene mittlerweile vielerorts etabliert sind, eine informierte Wahl getroffen werden kann. Dies funktioniert aber nur, wenn für den Journalismus genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um Vorgänge in der politischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Arena kontinuierlich mitzuverfolgen. Social Media leisten dies nicht.

Auf der Seite der Rezipienten ist die Medienkompetenz zu fördern, damit sie in der Lage sind, die Qualität von Medien besser einzuschätzen. Dabei geht es darum, „ein Verständnis für die Rolle der (Massen-)Medien (...) [in] einer modernen Demokratie [zu entwickeln], also das Wissen um die Relevanz von Medien (...) als Transmissionsriemen politischer Willensbildung (...), als Informationsbasis für die persönliche Meinungs- und Raum der öffentlichen Willensbildung, [als System,] das eine wertvolle politische Kontrollfunktion erfüllt und zu Transparenz und Legitimität von Politik beitragen kann. [Medienkompetenz umfasst] die Fähigkeit zur kritischen Analyse des Verhältnisses von Politik und Medien (...) [und] die Fähigkeit der (...) kritischen Reflexion angebotener Informationen und Bewertungen.“ (Oberle 2017).

Es scheint, dass die Diskussionen über Social Media und 'Fake News' wie aber auch Medienskandale die Bevölkerung sensibilisiert haben. So geben in der Reuters-Studie 26% der Befragten in Deutschland an, dass sie im letzten Jahr seriösere Medien genutzt haben. Und 15% der Befragten achten darauf, dass sie Nachrichten aus weniger zuverlässigen Quellen nicht in den sozialen Medien teilen (Newman et al. 2019, S. 23). Medienkompetenzförderung bleibt eine Aufgabe.

Renate Fischer, MA
Prof. em. Dr. Otfried Jarren
IKMZ – Institut für Kommunikationswissenschaft und
Medienforschung, Universität Zürich

Quellen

Bentele, Günter/Seidenglanz, René (2015): Vertrauen und Glaubwürdigkeit. In: Fröhlich, Romy/Szyszkka, Peter/Bentele, Günter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wiesbaden: Springer VS, S. 411–429.

Breunig, Christian/van Eimeren, Birgit (2015): 50 Jahre „Massenkommunikation“: Trends in der Nutzung und Bewertung der Medien. Ergebnisse der ARD/ZDF-Langzeitstudie 1964 bis 2015. In: Media Perspektiven (11), S. 505–525.

die medienanstalten – ALM GbR (2018): Vielfaltsbericht der Medienanstalten. Berlin. Online: https://www.blm.de/files/pdf2/vielfaltsbericht_2018_dma.pdf (Zugriff: 21.09.2019).

EBU European Broadcasting Union (2019): Trust in Media 2019. Online: https://www.ebu.ch/publications/mis/login_only/trust-in-media (Zugriff 19.09.2019).

Edelman (2019): 2019 Edelman Trust Barometer: Global Report. Online: https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2019-03/2019_Edelman_Trust_Barometer_Global_Report.pdf (Zugriff 19.09.2019).

Engelke, Katherine. M./Hase, Valerie/Wintterlin, Florian (2019): On measuring trust and distrust in journalism: Reflection of the status quo and suggestions for the road ahead. In: Journal of Trust Research, 9(1), S. 66–86.

Europäische Kommission (2018): Standard Eurobarometer 90: Trust in Institutions. Online: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/index> (Zugriff: 21.09.2019).

Gabriel, Oscar W. (2018): Untergräbt die Kritik an Politikern das Vertrauen in die demokratischen Institutionen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49(4), S. 909–918.

Haller, Michael (2014): Brauchen wir Zeitungen? Zehn Gründe, warum die Zeitungen untergehen. Und zehn Vorschläge, wie dies verhindert werden kann. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Haller, Michael (2017): Was wird aus der digitalisierten Medienwelt? Überlegungen zu einer Neubestimmung der Theorie des „öffentlichen Vertrauens“. In: Haller, Michael (Hrsg.): Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft. Köln: Herbert von Halem Verlag, S. 15–77.

Hölig, Sascha/Hasebrink, Uwe (2019): Germany. In: Newman, Nic/Fletcher, Richard/Kalogeropoulos, Antonis/Kleis Nielsen, Rasmus (Hrsg.): Reuters Institute Digital News Report 2019. Reuters Institute for the Study of Journalism, S. 86–87.

Jackob, Nikolaus/Jakobs, Ilka/Quiring, Oliver/Schultz, Tanjev/Schemer, Christian/Ziegele, Marc (2019): Medienskopsis und Medienzynismus: Funktionale und dysfunktionale Formen von Medienkritik. In: Communicatio Socialis, 52(1), S. 19–35.

Johannes Gutenberg-Universität Mainz (2018): Langzeitstudie Medienvertrauen: Forschungsergebnisse der Welle 2018. Online: <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/forschungsergebnisse-der-welle-2018/> (Zugriff 30.09.2019).

Kohring, Matthias/Matthes, Jörg (2007): Trust in News Media: Development and Validation of a Multidimensional Scale. In: Communication Research, 34(2), S. 231–252.

Krupp, Manfred/Breunig, Christian (2016): Mediennutzung im Kohortenvergleich. In: Krupp, Manfred/Breunig, Christian (Hrsg.): Massenkommunikation IX. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–2015. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 100–130.

Newman, Nic/Fletcher, Richard/Levy, David A. L./Kleis Nielsen, Rasmus (2016): Reuters Institute Digital News Report 2016. Online: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/our-research/digital-news-report-2016> (Zugriff 30.09.2019).

Newman, Nic/Fletcher, Richard/Kalogeropoulos, Antonis/Kleis Nielsen, Rasmus (2019): Reuters Institute Digital News Report 2019. Online: <http://www.digitalnewsreport.org/> (Zugriff 19.09.2019).

Oberle, Monika (2017): Medienkompetenz als Herausforderung für die politische Bildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Medienkompetenz: Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung, S. 187–196.

Naomi Alcaide

Berlin entwickelt neue Nachbarschaften – und Vertrauen?



Europa, Deutschland und unsere Demokratie befinden sich in der Krise – so liest es sich überall. Der gesellschaftliche Diskurs ist geprägt von Schlagzeilen über das politische Versagen repräsentativer Institutionen und Einzelpersonen. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel resümiert jedoch, dass insbesondere in Bezug auf Wahlen, politische Rechte und Teilnahmemechancen „in keinem ihrer Aspekte dramatische Verschlechterungen der demokratischen Qualität in den letzten drei Jahrzehnten offenbart [würden], die die Thesen der Postdemokratie, Fassadendemokratie oder einer akuten Krise der Demokratie rechtfertigen“. (Merkel 2015, S. 483) Er spricht vielmehr von einer Erosion der Demokratie, die sich besonders in Form politischer Exklusion einzelner gesellschaftlicher Schichten äußert.

Im Gegensatz zu Merkel selbst sehen einige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft die Anwendung deliberativer Beteiligungsmöglichkeiten als Teil der Lösung für diese Herausforderung. So schreiben Schaal und Ritzi (2011), dass deliberative Beteiligung zum Ziel hat, verbesserte Qualität und erhöhte Legitimität politischer Entscheidungen zu erwirken. Im Unterschied zur rein partizipativen Demokratie geht es dabei, so Della Porta (2013, S. 61ff.), nicht nur um die Meinungsäußerung in einem Verfahren, sondern vor allem um die Meinungsbildung auf Grundlage der Einbeziehung des Allgemeinwohls, dessen Erreichung im Mittelpunkt des vereinbarten Ergebnisses eines deliberativen Prozesses stehen sollte.

Als Akteur an der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Forschung und Zivilgesellschaft hat auch der vhw in den vergangenen zehn Jahren seinen Beitrag zum Diskurs der deliberativen Beteiligung geleistet. So haben die Erfahrungen aus dem vhw-Städtenetzwerk dazu beigetragen, dass die Inklusion schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen als eine der Säulen demokratiefördernder Beteiligung identifiziert wurde und vom vhw gefördert wird. Dass sich die repräsentative Demokratie durch Debatten um ihre Legitimität in einem Umbruch befindet, kann, wie Kuder (2016, S. 2) es beschreibt, jedoch auch als Startpunkt für einen „innovativen Prozess des Wandels, bei dem die bewährten Formen demokratischer Mitwirkung um neue Formen ergänzt werden“ begriffen werden, der neue Aushandlungsarenen und Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft konstituiert.

Häufig beginnt der Vertrauensverlust auf der lokalen Ebene jedoch bereits vor der Kommunikation politischer Entscheidungsprozesse und formellen Beteiligungsverfahren. Von einer wahrnehmbaren „Stimmung“, die eine zunehmende Distanz zu Politik und Entscheidungsprozessen vor Ort aus-

zudrücken scheint, bis hin zu Wahlergebnissen, die den Vertrauensverlust der Zivilgesellschaft gegenüber ihrer politischen Repräsentation quantifizierbar machen, kann diese Entwicklung unterschiedliche Ausmaße annehmen (Rosa 2016). Besonders spürbar sind diese Veränderungen an Orten, die zum Beispiel von sozialen Veränderungen geprägt sind. Eine dieser Veränderungen war in den letzten Jahren die Unterbringung von Geflüchteten. Die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen beschreibt sie besonders in Anbetracht der Wohnraumknappheit in der Stadt als große Herausforderung, für die es häufig keine andere Lösung gibt als die Unterbringung in Großunterkünften mit teilweise mehreren hundert Menschen unterschiedlicher Herkunft (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen 2018). Dies hat, unter anderem, Einfluss auf das Zusammenleben und Miteinander in der Nachbarschaft der Unterkünfte. Begleitet von Schlagzeilen zur eingangs beschriebenen „Krise“ der Demokratie scheint ein Teil der Bevölkerung zunehmend besorgt um den Erhalt seiner gewohnten Umgebung zu sein.

Diese Sorge spiegelt sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien, wie der Alternative für Deutschland (AfD), wider. In der Selbstbeschreibung auf ihrer Webseite beschreibt sich die Partei als „Demokratische Partei und Bürgerbewegung gegen die undemokratische und rechtswidrige Willkür der etablierten Altparteien“ (AfD 2019), womit sie sich eindeutig als Anlaufstelle für jene Bürgerinnen und Bürger positioniert, die die Legitimität etablierter politischer Parteien in Frage stellen und der vermeintlich bewährten demokratischen Repräsentation das Vertrauen entziehen. Bereits bei ihrer ersten kommunalen Wahlbeteiligung in Berlin bei der Abgeordnetenwahl in 2016 erhielten sie 14,2% aller Erststimmen. Über vermeintlich kommunale Themen hinaus konnte die Partei jedoch auch bei den Bundestagswahlen